

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Dezember 2009

Tarifrunde öffentlicher Dienst - Berlin 2010

Textsammlung

Jetzt reicht' s Diätenerhöhung für die Abgeordneten – Verzicht für die Beschäftigten Gewerkschaften in die Offensive

Das schlägt dem Fass den Boden durch. Angeblich gibt es keinen Spielraum für Lohnerhöhungen in Berlin. Aber es gibt genügend Spielraum, die Diäten der Abgeordneten ab Januar 2010 um 282 Euro (9,6%) auf 3.233 Euro zu erhöhen. Auch die kostenfreie Kostenpauschale haben sich alle fünf Fraktionen im Abgeordnetenhaus um 10 Euro auf 955 Euro erhöht. Künftig soll es sogar jährlich

automatische Diätenerhöhungen geben. Wenn das für ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kein Grund zur Aufgabe ihrer jahrelangen Verzichtspolitik ist, was dann?

Seit Jahren sinken die Reallöhne der 50.000 Arbeiter und Angestellten und 70.000 BeamtInnen in Berlin. Nach der Tariffucht im Jahr 2003 gab es lediglich im letzten Jahr eine einzige

Erhöhung der Tabellenlöhne um 65 Euro. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden dafür missbraucht Löcher im Landeshaushalt zu stopfen. Diese Opfer waren völlig sinnlos. Inzwischen ist das Defizit noch größer. Ursache dafür ist die kapitalistische Krise und nicht die Ansprüche der Beschäftigten auf existenzsichernde Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, dafür zu sorgen, dass die Krisenlasten nicht auf die abhängig Beschäftigten abgewälzt werden. Eine offensive Tarifrunde verbunden mit dem Kampf gegen die vom Senat geplanten Kürzungen ist das Gebot der Stunde.

Forderungen Tarifrunde Berlin – Wir schlagen vor:

- 250 Euro mehr für alle ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtInnen auf der Grundlage der ungekürzten BAT-Tabelle
- 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst Berlins bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Altersteilzeit für alle und Rechtsanspruch ab 58 Jahren
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: volle Westangleichung, volle Tariflöhne für 1-Euro-Jobber und Beschäftigte des zweiten Arbeitsmarktes (ÖBS)
- Rücknahme der Kürzungen von 2003 für die Beamten (Urlaubs- und Weihnachtsgeld)
- Keine Übernahme des Absenkungstarifvertrags TV-L/TvöD sondern einen Abschluss auf Grundlage des geltenden BAT/BMT/MTArb
- Ausbildungsquote von 10% und volle unbefristete Übernahme für alle Azubis
- Bessere Eingruppierungen für LehrerInnen
- Tarifliche Personalbemessung für Kitas
- Demokratische Diskussion und Entscheidung über Forderungen und Kampfstrategie
- Kontrolle der Basis über Streikführung
- Kein Streikabbruch und kein Abschluss ohne breite demokratische Diskussion und mehrheitliche Zustimmung per Urabstimmung

Klare mobilisierende Forderungen

Ver.di geht ohne klare mobilisierende Forderungen in die Tarifrunde. Das ist Kapitulation von Anfang an und muss schnellstens geändert werden. In allen Betrieben und Gremien müssen Diskussion stattfinden über Forderungen und Kampfschritte. Die Forderung nach Übernahme des TV-L bzw. die Angleichung an den TV-L ist eine völlig falsche und demobilisierende Forderung. Auf den Punkt gebracht kann man sagen: der gegenwärtige Anwendungstarifvertrag bedeutet 8 bis 12% Lohnsenkungen beim BAT bei entsprechender Arbeitszeitverkürzung. Der TV-L bedeutet eine Absenkung des Lohnniveaus gegenüber dem BAT von 15 bis 20% bei

Geld ist genug da – nur in den falschen Händen

Laut Berechnungen der Allianz ging das Geldvermögen in Deutschland durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 um 110 Milliarden zurück. Es betrug Ende 2008 aber immer noch 4,49 Billionen. Davon besitzt das reichste Zehntel der Bevölkerung fast zwei Drittel. Wenn mit einer Reichensteuer das obere Drittel dieses Vermögens abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Zusätzlich würden 65 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich an Zinsen für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Damit könnte man Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, öffentlichen Verkehr und Umweltschutz finanzieren.

Eine Vermögenssteuer von 1% ab einem Vermögen von 500.000 Euro würden 16 Milliarden Euro Staatseinnahmen bringen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 % (ab 90.000 Euro Jahreseinkommen) würde 10 Milliarden bringen. Würde die Körperschaftssteuer für Aktiengesellschaften auf das Niveau vom Jahr 2000 angehoben, würde dies 18 Milliarden mehr Steuereinnahmen bringen. Eine höhere Erbschaftssteuer auf große Vermögen brächte 6 Milliarden

(Alle Zahlen aus der ver.di-Publikation "Genug gespart! Öffentliche Leistungen stärken".)

Arbeitszeiten von 38,5 bis 40,1. Die Beschäftigten in den Erziehungs- und Sozialberufen haben selbst nach wochenlangem Streik in den meisten Fällen nicht das BAT-Niveau erreicht. Es wurde eine ganz neue Tabelle für diese Berufsgruppen eingeführt und damit die Spaltung noch weiter getrieben. Die Verhandlungsführerin der Tarifgemeinschaft von ver.di, GEW, GdP und IB BAU, Astrid Westhoff erklärte man wolle die Übernahme des TV-L mit „allen Vor- und Nachteilen“ und man müsse dann gemeinsam den Flächentarifvertrag weiterentwickeln. Aber erstens gibt es keine Vorteile beim TV-L und zweitens ist es einfacher in den anderen Bundesländern Korrekturen am TVöD/TV-L in Richtung BAT durchzusetzen, wenn in Berlin der BAT noch existiert. Bei der Tarifrunde von Bund und Kommunen fordert ver.di z.B. die Wiedereinführung der alten Bewährungsaufstiege. Warum sollen wir diese durch Einführung des TV-L erst mal abschaffen. Bund und Kommunen haben erklärt, dass sie nur eine Erhöhung des Leistungsgeldes zugestehen wollen. Dieses Leistungsentgelt des TvöD/TV-L ist bei den Beschäftigten zurecht verhasst. Warum sollen wir uns auf mit der Einführung des TV-L darauf einlassen. Die Tarifeinheit im öffentlichen Dienst muss wieder hergestellt werden über gemeinsamen Kampf für Verbesserungen und nicht über das Nachvollziehen von Niederlagen und Verschlechterungen. Die Verteidigung des BAT in Berlin ist ein Beitrag dazu. Die Tarifforderungen

müssen deshalb auf der Grundlage des BAT und nicht des TV-L basieren.

35-Stunden-Woche für alle statt Arbeitszeitverlängerung

Die Arbeitszeitverkürzung (ohne Lohnausgleich) des Anwendungstarifvertrags wurde 2003 mit dem Ar-

Beamtenstreik ist möglich

Beamte dürfen nicht streiken. Das erzählen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes landauf landab den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in jeder Tarifrunde. In Bremen hat die GEW das Beamtenstreikrecht durchgesetzt – durch Streik. Seit 1989 haben verbeamtete Lehrer mehrmals gestreikt. Zuletzt beim Warnstreik in Tarifrunde der Länder. 1.500 beteiligten sich beim Warnstreik am 13.02.09 und von den 10.000 Warnstreikenden am 25. Februar waren nach Angaben der GEW Bremen weit mehr als die Hälfte Beamtinnen. Inzwischen hat das Land Bremen Disziplinarverfahren eingeleitet. Die beste Solidarität in dieser Auseinandersetzung um Disziplinierung wäre die Ausweitung des Beamtenstreiks in den jetzt anstehenden Tarifrunden in Berlin, bei Bund und Kommunen. In Hessen haben sich verbeamtete LehrerInnen von den Disziplinarmaßnahmen in Bremen nicht einschüchtern lassen. 5.000 haben am 17.11. für kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen gestreikt und haben gemeinsam mit streikenden Studierenden und SchülerInnen in Wiesbaden demonstriert. Wenn die Kampfkraft der 70.000 verbeamteten Kolleginnen und Kollegen die Kampfkraft der 50.000 Arbeiter und Angestellten in Berlin zusammenkommen, dann wird damit eine ungeheuerere Macht aufgebaut. Die beste Mobilisierung der BeamtInnen könnte erreicht werden, in dem die Gewerkschaften von vornerein klar stellen, dass sie keinen Tarifabschluss unterschreiben, bevor es keine Zusatzvereinbarung über die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen gibt. Des weiteren ist es notwendig, die Rücknahme der Verschlechterungen bei den BeamtInnen (Streichung Urlaubsgeld, Kürzung Weihnachtsgeld, Arbeitszeitverlängerung) mit zum Streikziel zu erheben.

gument des Stellenerhalts durchgesetzt. Der Senat verlangt jetzt eine Arbeitszeitverlängerung. Da jede Arbeitszeitverlängerung in Stellenabbau umgewandelt wird, heißt das, dass tausende von Stellen abgebaut und sogar betriebsbedingte Kündigungen auf die Tagesordnung kommen, wenn ver.di eine Arbeitszeitverlängerung zulässt. Bei steigender Massenarbeitslosigkeit brauchen wir Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitszeitverlängerung. Es ist allerhöchste Zeit, dass ver.di gegen die Forderung nach Arbeitszeitverlängerung öffentlich Stellung bezieht und klar macht, dass sie keinen Tarifvertrag mit längeren Arbeitszeiten unterschreibt.

Kampfkraft ist vorhanden

Viele Funktionäre argumentieren, dass der Organisationsgrad unter den Landesbeschäftigten zu niedrig wäre für einen Streik. Der Organisationsgrad wird aber erfahrungsgemäß nicht durch Kapitulation und Zugeständnisse an die Arbeitgeber erhöht, sondern nur durch ernst gemeinten Kampf. Wenn die Beteiligung an wiederholten Warnstreikaktionen der Landesbeschäftigten 2006/2007 schwach war, dann liegt das nicht an der mangelnden Kampfbereitschaft, sondern daran, dass es

keine klaren mobilisierenden Forderungen gab und keine Strategie und keine Perspektive für einen Erfolg in dem von ver.di eingeschlagenen Kurs gab. Außerdem wirkte die von ver.di erhobene Forderung nach Einführung des TV-L zusätzlich demobilisierend, denn es hatte sich bereits bis nach Berlin herumgesprochen, welche Verschlechterungen damit verbunden sind. Seit Monaten weigert sich der Senat, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Drei Tage nach der Bundestagswahl legte SPD-Innensenator Körting ein „Angebot“ vor: Übernahme des TV-L, wobei die Arbeitszeit auf das Ostni-

veau von 40 Stunden angehoben werden soll und die Löhne auf Basis der jetzigen Absenkung erstmals im Jahr 2011 um 1,2% erhöht werden sollen. Erst ab 2012 sollen die bundesweiten TV-L-Gehälter auch für Berlin gelten. Das ist kein Angebot sondern eine knallharte Forderungen nach unbezahlter Verlängerung der Arbeitszeit kombiniert mit allen Absenkungen des TV-L. Längst hätte ver.di und die anderen Gewerkschaften mit offensiven Gegenforderungen, mit mächtigen Warnstreiks, mit Urabstimmung und Vorbereitung eines Vollstreiks reagieren müssen. Die Tarifaueinandersetzung hätte

mit dem Kampf gegen die Haushaltskürzungen des Senats verbunden werden können. Es ist allerhöchste Zeit, dass den Herrschenden gezeigt wird, dass ohne die Beschäftigten nichts geht, dass sie es sind, die die Gesellschaft am Laufen halten und den gesellschaftlichen Reichtum produzieren. Ein offensiver Streik der 120.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Bundeshauptstadt könnte eine enorme Ermutigung sein für alle Erwerbstätigen.

TVöD/TV-L sind Absenkungstarifverträge

TVöD und TV-L sind die größte Niederlage für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in der Nachkriegsgeschichte. Was ver.di hier ohne Kampf unterschrieben hat sind Absenkungstarifverträge, die das Lohnniveau um 15% absenken. Für Kolleginnen und Kollegen mit Familie sind die Absenkungen noch weit höher. Im TV-L wurde die Arbeitszeit je nach Bundesland auf 39 bis 40,1 Wochenstunden erhöht. Und das allerschlimmste daran: die ver.di-Führung verkaufte diese Tarifverträge als „Jahrhundertreform“ und „Meilenstein in der Tarifgeschichte“. „Keiner verliert etwas, viele Beschäftigte werden auch materielle Gewinne haben“, so hieß es in einer ver.di-Information zum TVöD. Inzwischen wissen wir: keiner gewinnt etwas, alle verlieren verdammt viel. Die schlimmsten Verschlechterungen sind

1. Absenkung des Lohnniveaus

Die Gehaltsstruktur mit ihren 18 Entgeltgruppen liegt unter dem BAT. Die Einstiegsgehälter sind niedriger als beim BAT. Über die gesamte Lebensarbeitszeit gerechnet verlieren alle mehrere zehntausend und bis zu mehreren hunderttausend Euro. Die bisherigen Bewährungs-, Zeitaufstiege und Vergütungsgruppenzulagen wurden abgeschafft. Diese Lohnabsenkungen sind mitverantwortlich dafür, dass immer mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst Hartz IV beantragen müssen, um über die Runden zu kommen.

2. Wegfall der Verheirateten- und Kinderzuschläge

Die absoluten Verlierer sind die Familien bzw. Beschäftigte mit Kindern. Verheirateten- und Kinderzuschläge fallen komplett weg. Nur Familienstand und Kinder bis zur Einführung des TV-L zum 1.11.06 werden berücksichtigt.

3. Urlaubs- und Weihnachtsgeld

Das Urlaubsgeld wurde mit dem TV-L gestrichen. Das Weihnachtsgeld reduziert und zwar gestaffelt nach Einkommensgruppen zwischen 95% (EG 1 bis 8), 80% (EG 9 bis 11), 50% (EG 12 und 13) und 35% (EG 14 und 15).

4. Niedriglohngruppe

Mit der Entgeltgruppe 1 wurde eine Armutslohngruppe eingeführt. Kollegen, die hier eingruppiert werden, bekommen seit 1.1.2009 ein Anfangsgehalt von 1.325 Euro und ein Endgehalt von 1.495 Euro.

5. Stellenwechsler werden auf Berufseinsteigerniveau herabgestuft

Wer eine andere Stelle im öffentlichen Dienst antritt, kann seine erworbenen Aufstiege und Besitzstände nicht mitnehmen, sondern wird in seiner Entgeltgruppe auf die Stufe 2 herabgestuft. Das bedeutet einen Verlust von mehreren hundert Euro im Extremfall sogar mehr als 1.000 Euro im Monat.

6. Arbeitszeitverlängerung

Die 38,5-Stunden-Woche wurde mit dem TV-L abgeschafft und überall die Arbeitszeit unbezahlt verlängert. In jedem Bundesland gibt es andere Arbeitszeiten. Aber überall ist sie

höher als 38,5 Stunden. In Schleswig Holstein gibt es mit 38 Stunden und 42 Minuten die niedrigste Wochenarbeitszeit. In den meisten Bundesländern sind es zwischen 39 und 39,5 Stunden. In den Ländern, in denen nach der Kündigung der Arbeitszeit-tarifverträge und vor der Einführung des TV-L die Arbeitszeit für Neueingestellte und Stellenwechsler am meisten hochgesetzt wurde, gelten jetzt für alle die längsten Arbeitszeiten. Am schlechtesten trifft es die Kollegen in Bayern. Hier müssen alle Landesbeschäftigten seit der Einführung des TV-L 40,1 Stunden in der Woche arbeiten. Es zeigt sich, dass Arbeitszeitverlängerung überall 1: 1 in Stellenabbau umgewandelt wird. Für Berlin würde die Rückkehr zu den verlängerten Arbeitszeiten des TV-L tausende von Stellen vernichten.

7. Neue Entgeltordnung

Zu TVöD und TV-L soll es zusätzlich eine neue Entgeltordnung geben. Die Arbeitgeber versuchen dabei die Löhne weiter zu drücken. Ver.di hatte versprochen, dass die weggefallenen Bewährungsaufstiege durch eine entsprechende Eingruppierung kompensiert würden. Bis heute gibt es aber keine neue Entgeltordnung und sie ist auch nicht in Sicht. Deshalb fordern die Beschäftigten in der Tarifrunde 2010 bei Bund und Kommunen wieder die Einführung der Bewährungsaufstiege. Für die angestellten LehrerInnen gibt es derzeit gar keine tarifliche Eingruppierungsregelung. Es herrscht die reine Willkür.

8. BAT ist durchgeklagt

Während der BAT in allen wichtigen

Fragen durchgeklagt ist und Beschäftigte sich auf richterliche Entscheidungen berufen können, betreiben die Arbeitgeber mit dem TVöD und TV-L das Spiel, dass sie die Tarifverträge so auslegen, wie sie wollen, sprich zum Nachteil der Beschäftigten. Die ersten Klagen von Beschäftigten sind bereits eingereicht. Bis es zu einer höchstrichterlichen Entscheidung kommt, können Jahre vergehen – zum Nachteil der Beschäftigten. Und

unter den heutigen Bedingungen fallen höchstrichterliche Entscheidungen eher gegen die Beschäftigten aus. Am 20. 05.09 urteilte das Bundesarbeitsgericht z.B., dass Reinigungskräfte in Krankenhäusern trotz der umfangreichen Hygiene- und Verhaltensvorschriften, trotz der besonderen Anforderungen auf Infektionsstrahlen und onkologischen Stationen in die niedrigste Lohngruppe des TVöD gehören. Das ist eine

Lohnabsenkung von fast 30% gegenüber dem BAT bei der Grundvergütung. Für Beschäftigte mit Kindern geht es aufgrund des Wegfalls der Kinder- und anderer Zuschläge um eine Lohnabsenkung in der Größenordnung von 40 bis 50%. Diese KollegInnen gehören inzwischen dank TVöD zu den arbeitenden Armen und sind Hartz-IV-Aufstocker.

Tradition des Ausverkaufs stoppen

In Berlin hat ver.di eine Tradition von Ausverkauf, Spaltung und Schwächung etabliert. Die Tariffucht des Berliner Senats Anfang 2003 wurde von ver.di abgesegnet, indem Bsirke an der gewählten

Absage erteilte. Ein Vivantes-Kollege schrieb damals an den Betriebsrat: „Verkaufen kann ich mich selbst, dafür brauche ich keinen Betriebsrat und kein ver.di“ (Junge Welt 17.07.09).

Warnstreik organisiert. Und bis April 2008 gab es in großem Abstand drei weitere Warnstreiks. Von Urabstimmung und Streik keine Rede. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen sahen, dass der Kampf nicht ernst gemeint war. Wen wundert es, dass die Beteiligung bei Aktionen schwach blieb.

Forderung nach Einführung TV-L demobilisiert

„Jetzt, wo viele Landesbeschäftigte den TVöD zumindest grob kannten, konnte den natürlich niemand ernsthaft wollen. Daraus schloss die ver.di-Führung nun, dass die Streikbereitschaft in den Ländern nahezu Null ist und zukünftig unbedingt zu verbessern ist. Aber mal ehrlich: kann man das den Beschäftigten verdenken, die jetzt oder in einigen Jahren WENIGER verdienen als nach BAT, die KEINE Kinderzuschläge mehr bekommen, die bei neuen befristeten Verträgen wieder in Stufe 1 oder 2 anfangen, die WENIGER Jahressonderzahlung erhalten als nach BAT usw. usf.? DAFÜR KANN DOCH WIRKLICH NIEMAND ERNSTHAFT STREIKEN WOLLEN?!“

Eintrag in ver.di-blog 28.08.07

Bei der Charite akzeptierte ver.di drei Jahre lang einen tariflosen Zustand. Neueingestellte hatten eine Arbeitszeit von 40 Stunden, kein Weihnachts- und Urlaubsgeld. Ver.di hielt es auch nicht für nötig, die Teilprivatisierung durch CFM-Gesellschaft und die damit verbundenen Verschlechterungen für die dort Beschäftigten und die Spaltung der Belegschaft zu verhindern.

Nachdem die Abtrennung der kampfstarken BVG und BSR vom restlichen öffentlichen Dienst im Jahr 2005 zugelassen

Mit der Tradition des Ausverkaufs ist der offene Seitenwechsel von Gewerkschaftsfunktionären verbunden. Der ehemalige Berliner ÖTV-Vorsitzende Kurt Lange bekam für die Zustimmung zur Privatisierung der Wasserbetriebe den Posten als Arbeitsdirektor bei der BEWAG. Bei Vivantes wurde Manfred Rompf, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender aus Hessen und Mitglied im Bundesfachbereichsvorstand Gesundheit von ver.di Arbeitsdirektor. Wenn sich Gewerkschaftsfunktionäre mit den Mitgliedsbeiträgen der Basis „goldene Treppen“ in die Vorstandsetagen der Konzerne bauen, sind sie korrupt und gehören abgesetzt.

Wenn sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf die

Tarifkommission vorbei intervenierte. Im Juli 2003 gab es für die damals noch 70.000 Angestellten und ArbeiterInnen den Separatabschluss mit einer unbezahlten Reduzierung der Arbeitszeit. Dem Bildungs- und Sozialkassenschlag setzte ver.di nichts entgegen. Statt den Widerstand zu bündeln, betreibt sie gezielte Verzettlung. Die Belegschaften und Bereiche werden alle einzeln zur Schlachtbank geführt. Die Kampfbereitschaft einzelner Belegschaften wird mit allen Mitteln gebrochen. So wurde im Juli 2007 bei Vivantes eine Notlagen-Tarifvertrag (Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Abau von 1.800 Vollzeitstellen bis Ende 2008) abgeschlossen. Und das obwohl bei Betriebsversammlungen die Belegschaft den Erpressungsversuchen eine klare

wurde, erklärten Funktionäre: „Wir sind nicht mobilisierungsfähig“. Als endlich im Frühjahr 2008 für 12 bzw. 8% mehr Lohn bei der BVG gestreikt wurde und parallel die Landesbeschäftigten in der Tarifauseinandersetzung für höhere Löhne standen, hätte mit einem gemeinsamen Streik die ganze Stadt lahmgelegt werden können. Aber das war von der ver.di-Führung nicht gewollt. Bei der BVG wurden die Forderungen und der Streik heruntergeschraubt. Entsprechend miserabel war der Abschluss und nur 35% der Abstimmungsberechtigten stimmten dafür. Für die Landesbeschäftigten forderte ver.di bereits Anfang 2007 die Übertragung der Lohnerhöhung anderer Bundesländer. Im September wurde dann der erste

Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di

war von Anfang an gegen die Verhandlungen zum TVöD. In vielen Flugblättern und Offenen Briefen an die Bundestarifkommission haben wir unsere Ablehnung begründet. In unserer Broschüre TVöD nachgerechnet, haben wir sofort nach Abschluss des TVöD die Schönrechnerei der ver.di-Führung widerlegt und nachgewiesen, dass der TVöD ein Absenkungstarifvertrag ist. Diese Veröffentlichungen können auf unserer homepage nachgelesen und heruntergeladen werden: www.netzwerk-verdi.de/16.0.html

Gewerkschaftsführung verlassen, sind sie verlassen. Es ist dringend notwendig eine starke Opposition aufzubauen, um die Politik des Ausverkaufs zu stoppen. In den letzten Jahren gab es Ansätze einzelner Belegschaften ver.di unter Druck zu setzen. Wenn es nach der ver.di-Bürokratie gegangen wäre, hätte es den zweiwöchigen Streik bei der Charite nicht gegeben und die Beschäftigten stünden heute noch schlechter da. Dieser Streik wurde durch Druck aus dem Betrieb durchgesetzt. Auf die Hängepartie bei der BVG in der Tarifaus-einandersetzung bei der BVG reagierten die BVG-Fahrer am 10. April mit einem wilden Streik und setzten so die eigene Verhandlungs- und Tarifkommission unter Druck.

Es ist notwendig, dass die Beschäftigten selbst die Kontrolle über einen Arbeitskampf und über ihre Gewerkschaft erhalten. Dies muss von unten durchgesetzt

werden. Wenn ver.di keine Versammlungen in den Betrieben und betriebsübergreifend organisiert, um Forderungen und Kampfstrategie zu diskutieren und demokratisch zu entscheiden, müssen solche Versammlungen durch Initiative von unten organisiert werden. Beim Streik sollten von Anfang an in den Betrieben Streikleitungen demokratisch gewählt und Streikkomitees zur Organisation der Aktivisten organisiert werden. Diese Streikleitungen und -komitees sollten sich bezirks- und berlinweit vernetzen, die Teilnahme an Sitzungen der Verhandlungs- und Tarifkommission erzwingen, eine Streikzeitung herausbringen.

In Baden Württemberg hat Cockpit am 31.8. einen Solidaritätsstreik der Air-Berlin-Piloten für die LTU-Kollegen organisiert. Es wird höchste Zeit, dass ver.di ebenfalls das völlig legale Instrument der Solidaritätsstreiks nutzt und z.B. die

BVG-Kollegen zur Unterstützung der Landesbeschäftigten zum Streik aufruft. Darüber hinaus sollten sie den Kontakt mit Belegschaften und Bereichen, die ebenfalls in Auseinandersetzungen stehen herstellen und gemeinsame Kampf-schritte, wie z.B. einen ein- oder mehrtägigen Streik und eine Demonstration durch die Berliner Innenstadt mit Kundgebung vor dem Roten Rathaus organisieren. Solche Ansatzpunkte für einen gemeinsamen Kampf bestehen z.B. mit der Kampagne des Berliner Kita-bündnisses und dem Bündnis „Wir bezahlen nicht für Eure Krise“. Es wäre auch notwendig, die vielen Beschäftigten der freien Trägern, die Beschäftigten des zweiten Arbeitsmarktes (ÖBS) und die vielen 1-Euro-Jobber in den Kampf einzubeziehen. Die Kampfkraft den Senat und die Unternehmer in die Knie zu zwingen ist vorhanden. Nutzen wir sie!

Argumente und Gegenargumente gegen TvöD/TV-L

Argument: Es gab und gibt keine Alternative zur Einführung von TVöD/TV-L.

Gegenargument: Die Alternative gab es. Ver.di hätte die Verhandlungen zum TVöD im Herbst 2004 scheitern lassen und die Gehaltstarifverträge des BAT zum 31.1.2005 kündigen können. Dadurch wäre ein machtvoller gemeinsamer Streik der vier Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten bei Bund, Länder und Kommunen möglich gewesen, mit dem die Politiker in die Knie gezwungen hätten werden können. Der bessere BAT hätte überall verteidigt werden und zusätzlich hätte eine ordentliche Reallohn-erhöhung und kürzere Arbeitszeiten bei vollem Lohn- und Personal-ausgleich erkämpft werden können. Die Lokführer haben mit einem dreitägigen Vollstreik 11% mehr Lohn und eine Stunde weniger

Arbeitszeit erkämpft. Aus Angst vor einem Streik haben Bund und Kommunen im April Zugeständnisse bei den Löhnen gemacht und Nachbesserungen beim TVöD zugestanden. Wäre 2005 ein gemeinsamer Streik aller geführt worden, hätten wir uns die Niederlage TVöD/TV-L ersparen können.

Argument: Der BAT ist tot

Gegenargument: Dass der BAT noch lebendig ist, zeigt sich in Berlin, wo er Grundlage des Anwendungstarifvertrags ist. Es werden noch immer die BAT-Tabellen und alle Regelungen des Manteltarifvertrags angewandt.

Argument: Die Einführung des TV-L in Berlin wäre ein Fortschritt weil es dann wieder einen bundes-

einheitlichen Tarifvertrag gäbe.

Gegenargument: Es gibt keine bundeseinheitlich gleichen Bedingungen mehr. Mit der kampflosen Preisgabe des BAT durch ver.di wurde die Tarifeinheit abgeschafft. TVöD und TV-L sind nicht ganz identisch und haben unterschiedliche Laufzeiten. Die Arbeitszeiten der Landesbeschäftigten sind von Land zu Land unterschiedlich. So arbeiten z.B. die Landesbeschäftigten in Baden Württemberg 39,5 Stunden und ihre Kollegen in Bayern 40,1 Stunden. Die Übernahme des TV-L in Berlin würde bedeuten, die Niederlage des TV-L in anderen Bundesländern nachzuvollziehen. Die Tarifeinheit im öffentlichen Dienst muss hergestellt werden über gemeinsamen Kampf für Verbesserungen und nicht über das Nachvollziehen von Verschlechterungen.

Nehmt Kontakt mit uns auf.

Lasst Euch in den Netzwerkverteiler aufnehmen.

Kommt zu unseren Treffen.

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



V.i.S.d.P.: Angelika Teweleit, Braunschweiger Str. 70, 12055 Berlin

www.netzwerk-verdi.de

info@netzwerk-verdi.de